

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Überseestadt – Konzentration auf Entwicklungskerne statt Gewerbeflächen-Vorrats-haltung

Die Überseestadt ist und bleibt das interessanteste und wichtigste Gebiet der Stadtentwicklung in Bremen. Im Anschluss an die Schlachte bieten fast 300 Hektar Fläche das innenstadtnahe Potenzial für einen lebendigen und vielfältigen Stadtteil.

Die Entwicklung der Überseestadt wird nicht so dynamisch verlaufen, wie häufig suggeriert wird. Das Leerräumen von großen Flächen und vorsorgliche überdimensionierte Erschließungen sind keine Garantie für die Ansiedlung von Großinvestoren, wie sich bei voll erschlossenen Flächen in dem Gebiet bereits gezeigt hat.

Aber es gibt auch viel versprechende Entwicklungen. Der Speicher XI wird in der ganzen Stadt wahrgenommen und hat im direkten Umfeld bereits zu weiteren Ansiedlungen geführt. Dieser Erfolg weist den weiteren Weg bei der Entwicklung der Überseestadt. Es kann nicht darum gehen, die Überseestadt als 08/15-Gewerbegebiet mit großen freien Flächen anzubieten. Vielmehr ist die Erschließung auf den Speicher I am Europahafen als zweiten Entwicklungskern zu konzentrieren.

Wohnen kann in solchen Entwicklungskernen nicht als Gegensatz zu Büronutzungen gesehen werden. Wohnen ist planungsrechtlich zu ermöglichen, ohne dabei die vorhandenen Gewerbegebiete im Bestand zu gefährden. Als Modellprojekt kann Bremen durch neue Wege in der Überseestadt ein gemischtes Quartier mit Ansiedlung von Dienstleistung, Gewerbe und Wohnen entstehen lassen und damit zu einem richtungweisenden Beispiel für die städtische Rückgewinnung eines für Sondernutzung Hafen ausgegliederten Bereichs werden.

Wichtig für das Projekt Überseestadt ist die Einhaltung eines für Bremen passenden Maßstabs. Ausgehend von den ausstrahlungsstarken Kernen muss der Entwicklung ausreichend Zeit eingeräumt werden. Das bisherige Marketing und auch der Masterplan richten sich ausschließlich an Investoren, die die Flächen im großen Maßstab beplanen sollen. Zusätzlich müssen auch vorhandene regionale und lokale Interessen bei Existenzgründungen und Einzelinvestitionen angesprochen werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. das seit über einem Jahr angeforderte detaillierte Lärmgutachten endlich vorzulegen, die Ergebnisse öffentlich vorzustellen und zu diskutieren, mit welchen baulichen Maßnahmen zusätzliches Wohnen in welchen Bereichen ermöglicht werden kann;
2. Bebauungspläne für die einzelnen Quartiere in der Überseestadt zu entwickeln, vor allem im Bereich Europahafen und im innenstadtnahen Bereich, die
 - a) eine gemischte Nutzung erlauben,
 - b) eine variable Parzellierung in Grundstücke ermöglichen, um auch Investitionen in kleinem Umfang zu ermöglichen,

- c) die Existenz der bestehenden Gewerbebetriebe u. a. im Holz- und Fabrikenhafen bzw. Kelloggs sichern und Nachbarschaftskonflikte minimieren,
 - d) bauliche Maßnahmen vorsehen, die sowohl in der städtebaulichen Anordnung als auch für einzelne Gebäude Lärmschutz berücksichtigen;
3. für städtische Immobilien und Flächen aktiv Zwischennutzungen anzubieten, statt vorsorgliche Abrisse zu tätigen und Flächen frei zu räumen, für die gegenwärtig keine Nachfrage besteht;
 4. das Marketing für die Entwicklung der Überseestadt deutlich zu ändern. Statt der bisherigen Bewerbung eines geschlossenen Gewerbestadtteils, soll die Bandbreite der Möglichkeiten dieser Fläche mitten in Bremen mit Kultur, Hochschule, Gastronomie, Gewerbe und zukünftig auch Wohnen ins Zentrum des Marketings gestellt werden, hierbei sollte die angesprochene Zielgruppe um den regionalen und lokalen Markt erweitert werden;
 5. die Ausgestaltung der Überseestadt als Modellprojekt voranzutreiben, in der experimentell neue Möglichkeiten der Umnutzung brach gefallener Hafensflächen erprobt werden.

Karin Krusche, Klaus Möhle,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen